

Ercheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Buchhandlungen u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Special-Expeditionen für die  
Bereinigten Staaten:  
J. R. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
E. M. Ruchers,  
600 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Hag,  
N. W. Corner Third and  
Market str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 2 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 2ten  
u. 3ten Monat und auf den  
1ten Monat besonders an-  
genommen, im kgr. Sachsen  
u. Preuß. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
4 5/8 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Zeit-Beile berechnet.

Nr. 8.

Mittwoch, 21. Januar.

1874.

## Reichstagswahl.

Es sind uns nachfolgende Resultate gemeldet worden:  
Waldbheim-Döbeln (10. sächs. Wahlkr.): Dehmichen 7965,  
Walster 3300 Stimmen.  
Lennep-Mettmann: Tackew 11,017, Stroffer 2570, Hörig  
2370, Henning (Soz.-demokr. Arb.-Part.) 629.  
Solingen: Joh. Jacoby 1892, Köppel 5566, Ehorlemmer  
3919, Luchtenberg (N. d. Arb.-B.) 1808.  
Meiningen-Sornberg: Lasker 8998, Most 786.  
Marburg: Dr. Grimm 2958, Jenner 2958, Ullrich 2717,  
Schneider (Soz.-dem. Arb.-Part.) 1292.  
Zwickau-Crimmitschau (18. sächs. Wahlkr.), amtl. Resultat:  
Motteler 8941, Streit 7531 Stimmen.  
Ludenswald: Epphardt (Soz.-dem. Arb.-Part.) 1641, Die-  
trich 5395, Wagdorf 5203.  
Fulda: Herrlein 833, Müller 438, Bebel 12 Stimmen.  
Erlangen (6. würt. Wahlkr.): Oberstaatsanwalt Benz 10,312,  
Hoffmann Demmler (Schwerin) 3860 Stimmen.  
Augsburg: Most 1609, Jörg 13,969, Fischer 6293, Lut-  
hardt 186.  
Niedsch.-Pechhausen: Most 807, Dr. Schmidt (ultr.) 15,228,  
Lauthaus 2058.  
Heidelberg: Dr. Blum 11,011, Fischer 3996, Most 64.  
Mainz: Joh. Jacoby 1348, Götz 7365, Mousfang 6114,  
Dehmer 1217.  
Forst (Rauß): Jacoby 153.  
Großenhain (7. sächs. Wahlkr.): Wolf (Soz.-dem. Arb.-Part.)  
879, Stuhr (N. d. Arb.-B.) 1078, Richter 8628.  
Breslau (westl. Wahlkr.): Biegler 6061, Reichensperger 1182,  
Bähge (N. d. Arb.-B.) 769, Joh. Jacoby 1043.

## Wie Eigentum entsteht.

(Eine historische Erinnerung.)

Das Land — durch Arbeit befruchtet, der Quell aller Lebens-  
mittel, alles Reichthum — ist dem englischen Volke geraubt und  
zum Monopol einer glücklichen Minorität gemacht worden. Ge-  
raubt, nicht fiktürlich, sondern in Wirklichkeit, erst durch einen bei-  
spiellosten Akt roher brutaler Gewalt, und was durch diesen dem  
Volk nicht entzogen wurde, seitdem fortwährend durch hinterlistigen  
Betrug.

Vor 200 Jahren, 1066, segelte Wilhelm, Herzog der Nor-  
mandie, später durch seinen gelungenen Raubzug Wilhelm der  
Eroberer genannt, in Wahrheit Wilhelm der Räuber, über den  
Canal nach England, auf dessen Krone er Anspruch zu haben be-  
hauptete. Bei Hastings stieg er ans Land mit seiner Armee, d. h.  
mit 20,000 „Gurgelabschneidern“, Indusrierittern, catilinaren  
Epistemonen aller Art, verkommenen, arbeitsscheuen, meist dem Adel  
angehörigen Lumpenpack, das nichts zu verlieren und alles zu ge-  
winnen hatte. Die Eier nach Beute gab diesen Banditen den  
„Heldenmuth“ des Heuschreckenschwarms, der, unbelümmert um  
die Läden, welche die abwehrende Hand des Menschen ihm schlägt,  
sich auf die Saaten stürzt. Das Gefindel siegte, die Räuber  
wurden zu Helden, der Räuberhauptmann zum ruhmbedeckten Er-  
oberer, und unter dem schimmernden Deckmantel des „Erfolgs“  
konnte das Geschäft der Ausplünderung Englands nun vollzogen  
werden.

Kraft des „Eroberungsrechts“ wurde das Land den bisherigen  
Besitzern genommen und unter die glücklichen Banditen vertheilt.  
Das Doomsday-Book — „das Buch des jüngsten Gerichts“ —  
wie es von den geplünderten Angelsachsen genannt wurde, „weil  
keiner verschont wurde, wie am Tage des jüngsten Gerichts“  
— die große Katastrophe Englands, welche auf „Wilhelm des  
Eroberers“ Befehl vorgenommen wurde, und bis mit dem heutigen  
Tage sich erhalten hat, liefert Schwarz auf Weiß den altenwägen  
Beweis für den an dem englischen Volke unter dem Namen „Er-  
oberung“ verübten großartigen Raub, und ist ohne Zweifel das  
wichtigste aller geschichtlichen Dokumente zur Feststellung des Sages:  
daß Raub und Eroberung nur quantitativ, nicht qualitativ ver-  
schiedene Ausdrücke sind, und daß Herrschaft gleichbedeutend mit  
Ausplünderung.

Aus der Art und Weise, wie der Landraub in England be-  
werkstelligt wurde, erklärt sich das lebhafteste Bewußtsein des eng-  
lischen Volkes, daß ihm das Land geraubt worden, und das Auf-  
tauchen der Landfrage bei jeder Volksbewegung in England.

Der Raubakt am gros des Jahres 1066 bekam später sein  
Nachspiel in einer ununterbrochenen Reihe von Raubzügen an  
Ländern und zwar von Räuubern, begangen an dem Gemeinwesen  
direkt: am Volke als Collectivwesen, nicht an einzelnen Individuen.  
Die Normannen hatten, als sie die angelsächsischen Eigentümer  
besaßen, doch Bedenken gehabt, dieselbe Operation an den  
Gemeinden vorzunehmen, wenigstens nur in beschränktem Maße  
und in Ausnahmefällen, und so kam es, daß das allgemeine  
Gemeindeeigentum zum großen Theil die Katastrophe der nor-  
mannischen Eroberung überlebte. Zumeist war dies Gemeinde-  
land ursprünglich von vergleichungsweise geringer Güte und zu  
Ackerland nicht geeignet, allein die Fortschritte der Bodencultur  
setzten die Mittel zur Bestraung untergeordneten Landes, während  
gleichzeitig der steigende Preis des Grundeigentums dem Ge-

meindland einen erhöhten, stets zunehmenden Werth lieh, und  
ihm immer hungrierere Blicke der Landlords zuzog.

Im Jahre 1710, zu Anfang der modernen bürgerlichen Periode,  
waren es endlich die Herren Landlords müde, dem heiliggeliebten  
Gemeindland gegenüber die Rolle des Ritters Toggenburg zu  
spielen; den hungrieren Blicden folgten die hungrieren Hände mit  
hungrigen Langfingern daran. Das Parlament, damals wie jetzt,  
die Vertretung der besitzenden Classe und das Instrument zur  
Vertretung und Ausprägung des Volkes, votirte eine „Acte zur  
Einschließung von Gemeindland“, mit anderen Worten zur Ein-  
verleibung von Gemeindland in die Privatgrundstücke der benach-  
barten Landlords. Seit 1710 sind zahlreiche „Acte“ dieser Art  
von dem Parlament angenommen worden, und das Resultat ist:  
vom Jahre 1710 bis zum Jahr 1845 wurden den englischen Ge-  
meinden, dem englischen Volke ohne jedwede Entschädigung acht  
Millionen Acker Gemeindland von den diebischen Landlords ge-  
stohlen; und vom Jahre 1845 bis in die neueste Zeit eine halbe  
Million — ein Beweis, daß der Landhunger der Landlords noch  
nicht gestillt ist und auch nicht eher gestillt sein wird, als bis der  
letzte Acker des Volkslandes von den hungrigen Langfingern um-  
spannt worden ist. — Es müßte denn, ehe das Raubwerk vol-  
endet ist, ein Rückschlag eintreten und den hungrigen Landlords  
auf die hungrigen Langfinger geklopft werden. Ist Aussicht dazu  
vorhanden?

Wann wird das englische Volk den Stiel umdrehen und nach-  
dem ihm die Herren Grundbesitzer acht Jahrhunderte lang durch  
ihre Beispiel gezeigt haben, daß für das Grundeigentum die ge-  
wöhnlichen Eigenthumsbegriffe nicht gelten, und daß es dem ge-  
hört, welcher es nimmt; — wann wird das englische Volk einfach  
Gerechtigkeit üben, wann Denen nehmen, die genommen haben,  
und Denen zurückgeben, die beraubt worden sind?

Man braucht kein Prophet zu sein, um mit mathematischer Ge-  
wissenheit vorherzusagen: Die Zeit ist nicht fern.

Aus dem soeben Gesagten wird Jedem klar geworden sein,  
warum die Landfrage in England eine so große Rolle spielt.  
Brennend ist sie überall, aber nirgends brennt sie so auf den  
Nagel wie in England.

Beiläufig würde es gar keine Revolution der Geseze sein,  
wenn der englische Staat das ganze Grundeigentum in seinen  
Besitz nähme, denn gesetzlich ist der englische Staat Eigentümer  
des ganzen Grund und Bodens. Ich erwähnte zu Anfang  
meines Vortrags der mittelalterlich-feudalen Anschauung, nach  
welcher der Souverain einziger Grundeigentümer war, und der  
Grund und Boden von ihm leihweise, als Lehen (daher der Name  
Lehensthum), abgelassen wird. In England hat diese Anschauung  
zu heute gesetzliche Geltung. Der Souverain ist einziger Grund-  
eigentümer, und wenn, was ja über kurz oder lang unausbleib-  
lich, die Monarchie durch die Republik ersetzt wird, so handelt der  
neue Souverain, das Volk, durchaus in Gemäßheit der be-  
stehenden Geseze und der herrschenden Rechtsanschauung, wenn  
er das gesammte Grundeigentum den bisherigen Inhabern ent-  
zieht und wieder unmittelbar in seinen Besitz nimmt.

Es ist dies eine einfache Rückkehr in den gesetzlichen Zustand,  
formell, eine Restauration, wenn auch faktisch eine Revolution.

\*) Fische! in seiner „Verfassung Englands“ schreibt S. 46, Note 2  
(zweite Ausgabe): „Eigentlich jedes Grundeigentum (Alle) besitzt nach  
der englischen Rechtsanschauung Niemand. Alles Land gehört dem König  
(Souverain) und wird von ihm zu Lehen angethan. Der Engländer  
kann daher nur ein Lehen (see, feudum, fief) besitzen. Das Wort see  
bedeutet nach Espinosa das Recht, welches der Vasall oder Inhaber  
von Grund und Boden hat, dasselbe zu gebrauchen und die Nutzungen  
deshalb für sich und seine Erben zu ziehen, wofür er dem Oberherren die  
schuldigen Dienste zu leisten hat.“ Estate bezeichnet im Allgemeinen die  
Standsrechte (Standesrechte), welche ein Individuum besitzt. In Be-  
ziehung auf ein Nutzungsrecht bezeichnet er die Bedingungen und Um-  
stände, in welchen sich Jemand zu dem Nutzungsrechte befindet. Ein  
„Estate in fee simple“ oder „fee simple“, ein nur durch die Ober-  
hoheit des Königs (Souverains) eingeschränktes Nutzungsrecht an einem  
Grundstück. Faktisch ist demnach ein „fee simple“ ein nach gemeinem  
Recht vererbliches, veräußerliches, freies Grundstück, über welches der  
Inhaber ein nur durch die Landesgeseze beschränktes Verfügungsrecht  
hat. Sind keine Erben eines fee simple vorhanden, so fällt es als  
escheat (bonum vacans — erledigtes Gut) der Krone anheim; richtiger:  
an die Krone zurück. Das fee simple ist das unabhängige Landeigen-  
thum; die übrigen Formen des Grundeigentums tragen den Charakter  
des dies leihweisen Besizes noch weit deutlicher an der Stirn.

## Politische Uebersicht.

— Der preussische Landtag beriech dieser Tage das Gefängniß-  
wesen, wobei der kleine Vöster mit dem großen Schwaginstrument  
nachstehende Rede losließ:

„Abg. Vöster: Auf allen Gebieten der Gesetzgebung sind wir  
nahezu in revolutionären Zuständen und in einem Uebergangs-  
stadium ganz ohne unsere Schuld. Mit allen Reformen können  
wir nicht gleichzeitig fertig werden und müssen deshalb uns mit  
der drückendsten Reform begnügen. Ein Strafgesetz ohne Gef-  
ängnißgesetz wird sehr viele Uebelstände mit sich bringen. Eine  
Seldbstbestimmung würde sehr viel Schaden; denn in gewissen Volks-  
klassen würde dann das Gefängniß eher lozend (?) als ab-  
schreckend (?) wirken. Gegen die herrschenden Zustände kann  
keine Verwaltungsreform, sondern nur ein Gefängnißgesetz helfen.  
Die Theorie der Antropologie enthält sehr richtige Gedanken,  
die aber ohne eine Prozedur nicht zur Ausführung kommen  
können. Wenn ein Verbrechen zu milde beurtheilt wird, so liegt

die Schuld am Strafrichter, nicht am Strafgesetzbuch; das Prinzip  
desselben ist die Aushebung der Minima; die Richter aber der  
alten Schule sind gewohnt, immer das Minimalstrafmaß anzu-  
wenden, wenn das Verbrechen nicht zu große Freiheit an sich trägt.  
Wenn eine Rote von Menschen sich zusammenthut, um das freie  
Vereins- und Versammlungsrecht zu verflümmern, einen Redner in  
der Versammlung von der Tribüne stößt, daß er im Falle das  
Wein bricht, so wird das z. B. mit 50 Thalern Geldbuße bestraft.  
Das heißt zum Verbrechen provoziren, und der Richter wird mit-  
schuldigt. Diese Milde ist nicht die Meinung des Gesezes, sondern  
des Richters, die sich durch irgend welche Nebenumstände dazu ver-  
führen lassen. (Sehr wahr!) Die Strafe wirkt nicht, wenn sie  
nicht auf das Vergehen wie der Donner auf den Blitz folgt.  
Jeder muß fühlen, daß er unter dem Geseze steht und nicht in  
Opposition gegen dasselbe treten darf, theils nach raffinierten Defi-  
nitionen, noch aus Brutalität. Die Auslegung gegen das Geseze  
darf nicht herrschen. Früher wurde die Polizei vielfach mit politi-  
schen Dingen befaßt und stand in geringem Ansehen; jetzt, wo wir  
uns immer mehr gegen politische Chiblenen durch Geseze zu  
schützen suchen, muß überall die Autorität des Gesezes festgehalten  
werden. Jeder Einzelne muß sich seiner Ohnmacht vor dem Geseze  
voll bewußt sein (Bewegung im Centrum) und sich unter die Macht  
des Staates beugen; nur dann können wir friedlich neben einander  
leben. Nur eine schnelle Strafe bringt genügende Wirkung  
hervor; bei einem Strich in Magdeburg wurden einige Arbeiter,  
die ihre Genossen zur Arbeitseinstellung zwingen wollten,  
sofort verhaftet und binnen 4 Tagen mit 4—5 Monaten Ge-  
fängniß bestraft. Derartige Verurtheilungen haben sich seitdem nicht  
wiederholt. Die Strafe hat hauptsächlich die Bedeutung, jedem  
Einzelnen die Macht des Staates zu zeigen. Ein gewisses Be-  
wußtsein muß allerdings auch zwischen Vergehen und Strafe herr-  
schen. Eine Revision des Strafgesetzbuchs kann nicht in jedem  
Jahre vorgenommen werden; da eine solche aber bald erfolgen muß,  
wäre es wünschenswerth, wenn zu gleicher Zeit ein Gefängnißgesetz  
und eine Kriminalprozedur vorgelegt würde. Vorläufig  
können wir nur einen Appell an die Richter ergehen lassen, sich  
bei Beurtheilung der Verbrechen besonders, die gegenwärtig in er-  
schreckender Weise zunehmen, nicht zu sehr von einer milden  
Praxis, sondern mehr vom Geiste des Strafgesetzbuchs  
leiten zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen allerdings einem Lasker nicht zumuthen, daß er  
sich auf jenen Standpunkt der Menschlichkeit erhebt, von welchem  
aus Vergehen und Verbrechen nur als die notwendigen Folgen  
der fehlerhaften Organisation der heutigen Gesellschaft erscheinen.  
Das vermag Bismarcks Caricatur, die ja „aus Opportunitäts-  
gründen“ gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht gesprochen und  
gestimmt hat, entschieden nicht. Indessen führen wir obige Rede  
nur als einen Ausdruck des gegenwärtig im „Reiche“ sich allgemein  
breit machenden Barbarismus an. Während man eine Menge  
von Staatsanwälten und Advokaten öffentlich vor Gericht  
beklagen hört, daß die Richter eine zu milde Praxis anwenden,  
während der Staatsanwalt Tessenborn, der sich bei allen  
Menschenfreunden einen üblen Namen erworben, den Polizeipräsiden-  
ten Rabau um die Vollmacht angeht, eine Art Belagerungs-  
zustand über Berlin verhängen zu dürfen, vertheidigt Lasker  
dieselbe Barbarei im Parlament. Der „Geist des Strafgeset-  
zbuchs“ soll herrschen und als Mustereempel führt Lasker die in  
Magdeburg verübten Gewaltthaten an. Nun, wir sehen dieser  
„Entwicklung“ einstweilen ruhig zu. Wenn erst der „Geist des  
Strafgesetzbuchs“ über uns Allen so nahe schwebt, wie es Lasker  
will, wenn das Gefängniß mit Lasker'schen Foltern als  
letztes Heilmittel für die Verbrechen der Gesellschaft approbirt wird,  
dann mögen unsere deutschen Barbaren es verantworten, wenn das  
deutsche Volk auch seine Bastille zerstört!

— Wir schrieben in letzter Nummer, daß das allgemeine  
Wahlrecht bedroht sei. Der für das Bismarck'sche System un-  
günstige Ausfall der Reichstagswahl hat die in den oberen Re-  
gionen herrschende Abneigung gegen dieses „demokratische Grund-  
recht“ natürlich nicht vermindert. Der Correspondent der „Times“,  
des bedeutendsten englischen Bourgeoisblattes, welcher den Bis-  
marck'schen und Regierungskreisen nahe steht, so nahe, daß er zu-  
weilen einen Blick in's „Allerheiligste“ thun darf, schreibt an ge-  
nanntes Blatt:

„Immer mehr greift in der liberalen Partei die Ueberzeugung  
Platz, daß das allgemeine Stimrecht nach Art des in Preußen  
üblichen Wahlsystems reformirt werden muß. Dieses letztere  
System reducirt den politischen Einfluß der niederen Volksklassen  
auf das Niveau, welches sie in gesellschaftlicher Beziehung ein-  
nehmen, und macht es doch Jedem möglich, ein Wort auszusprechen,  
indem es das Stimrecht zwischen den oberen, mittleren und  
niederen Klassen vertheilt. Diese Ueberzeugung der liberalen Partei  
wird noch durch die Erwägung gestärkt, daß selbst, wenn es billig  
wäre, einer Klasse ein absolutes (?) Uebergewicht bei den Wahlen  
zu verleihen, diejenige Klasse, welche jetzt dieses Privilegium unter  
der Herrschaft des allgemeinen und geheimen Stimrechts genießt,  
am wenigsten befähigt sei, dasselbe auszuüben. Die unteren Volks-  
klassen Deutschlands, insbesondere der katholischen Gegenden, sind  
noch nicht genügend unterrichtet, die Tragweite ihrer politischen  
Thätigkeit an der Wahlurne richtig zu schätzen und die Noth-  
wendigkeit einzusehen, ihr Wort ihrer Lage und Stellung im Al-  
tagelieben anzupassen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die  
unteren Volksklassen, ohgleich sie den Priestern an die Wahlurne  
folgen, doch nirgends die geringste Absicht zeigen, dem Beispiele  
ihrer geistlichen Führer zu folgen und den Gesezen den Gehorsam

\*) Auszug aus dem demüßigt im Verlag der Leipziger Volksstaat-  
Verwaltung erscheinenden „Vortrag über die Landfrage.“  
\*\*) An 40 (S. „International Resolt“, vom 31. Mai 1873, D. 3.

zu versagen. Für den Augenblick kann dieser Gegensatz zwischen dem Votum und der Handlungsweise der niederen Volksklassen nur den Kirchenstreit vergrößern. Die Priester werden durch das Anwachsen der Zahl der ultramontanen Volksvertreter ermuthigt, während Parlament und Regierung, sich stützend auf eine starke liberale Majorität, zu neuen Zwangsmaßnahmen getrieben werden, die notwendige Folge der Berechnung der ultramontanen Abgeordneten. Die liberale Presse der katholischen Diocese hat die Priester ernstlich davor gewarnt, daß sie mit zuviel Eifer die Wahlordere ihrer Bischöfe ausführen, aber Niemand scheint zu erwarten, daß man auf die Warnung hören wird. Man erwartet aber, daß die große Majorität der gebildeten Katholiken für die Liberalen stimmen werde, wie bei den letzten Landtagswahlen in Preußen.

Somit: Klassenwahlrecht! Der „Liberalismus“ wird zweifels- ohne durch Annahme eines Klassenwahlgesetzes auf Befehl Bis- mark's dem durch Trampeln mit den Kürassierstiefeln Nachdruck gegeben werden wird, beweisen, daß Windthorst Recht gehabt hat, als er behauptete, daß der Ultramontanismus dem „Fortschritt“ voraus sei.

— Herr Biedermann berichtet schmunzelnd aus Thüringen in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Die sozialdemokratischen Agitationen haben in den letzten Jahren auch hier und sogar bei der Landbevölkerung so an Aus- dehnung und Tiefe gewonnen, daß die Regierungen nicht mehr ruhige Zuschauer bleiben werden. Schon im Laufe dieser Woche wird dem für den 15. Januar einberufenen Sonderhauseren Landtag ein Gesetz wider den Mißbrauch des Versammlungs- rechts vorgelegt werden. Die Motive zu demselben sprechen es offen aus, daß die Agitationen der Sozialdemokraten, „die der bestehenden Ordnung in der menschlichen Gesellschaft und im Staate feindselige Grundsätze“ verbreiten, der Regierung die Pflicht auferlegen, den drohenden Gefahren zu begegnen. Der Gesetzentwurf entspricht dem preussischen Gesetz vom 11. März 1850 wider den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts.“

Also in die kleinen harmlosen Raubkästchen soll ein Gendarmen- und Polizeidonnerwetter hineinschlagen! Daß das Gesetz „dem preussischen Gesetz vom 11. März 1850 entspricht,“ deutet mit nicht zu unterschätzender Verbindlichkeit an, wobei die Fingerringe für die Versammlungsfreiheit, die man den Arbeitern legen will, bezogen oder auch vielleicht octroyirt worden sind. Stieber in allen Gassen! Im Uebrigen wird ein solches Gesetz die Sachlage nicht viel ändern. Würde doch auch der Congress der sozialdemokrati- schen Arbeiterpartei zu Eisenach im August vorigen Jahres, trotzdem im Großherzogthum Weimar kein Vereins- und Ver- sammlungsrecht existirt, auf auswärtige Reklamation durch zwei Mann Polizei überwacht!

— Das Organ der Pariser Polizei, das „Journal de Paris“, ärgert sich darüber, daß die Straßburger Arbeiter Bebel als Candidaten für den Reichstag aufgestellt haben. „Wie“, ruft dies edle Blatt aus, „die französischen Arbeiter von Straßburg hätten in ihrer Mitte keinen Sozialisten gefunden, der sie auf den Bänken des deutschen Parlamentes vertreten könnte! Sie hätten die Can- didatur dem Preußen (Prusien) Bebel antragen müssen! Das ist eine Infamie, das ist die traurige Frucht der Lehren der Internationale. Wo diese Gesellschaft gewaltet hat, da giebt es kein Vaterlandsgefühl mehr.“

Wie ein Polizeiorgan bedauern kann, daß sich in Straß- burg kein für den Reichstag passender Sozialist befindet, ist uns unerfindlich. Wenn aber, wie ein Berliner „Saubirt“ ver- sichert, die Herren „Denker“ im deutschen Reiche glauben, Bebel fühle sich durch den Ausdruck „Preuß“ gekränkt, so befinden sie sich im Irrthum. Bebel sind die Phrasen der Pariser Polizei- spiegel gerade so gleichgiltig, wie die Athernheiten der Berliner „Saubirten“. Er könnte höchstens Vergleiche darüber anstellen, ob die Berliner oder die Pariser Presse am „verkommensten“ ist.

## Gewerksgenossenschaftliches.

**Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossen- schaft.**

Die Adresse des derzeitigen (2.) Vorsitzenden ist Aug. Fr. Col- dig, Tuchmacher, Fabrikstraße 612 in Crimmitschau.

## Correspondenzen.

**Leipzig.** In unserer letzten Nummer war fälschlich angegeben, daß der Stadtrath von Tauscha Birnbaum'sche Stimmzettel mit seinem amtlichen Stempel versehen hätte. Es wurden nur weiße Zettel ausgegeben, die den Stempel des Stadtraths trugen, auf welche aber der Name des Candidaten noch zu schreiben war. Von diesen Zetteln hieß es, sie seien die allein gültigen.

**Lunenburg.** Montag, den 5. Januar luden die hiesigen Na- tionalliberalen durch Karten ihre Bekreundeten zu einer Wahlver- sammlung ein, welche natürlich im Geheimen tagen sollte. Aber die verruchten Sozialdemokraten hatten es erfahren, und waren zahlreicher erschienen, als jene selbst. Herr Lindig, Procurist der hiesigen mechanisch-n Weberei, brachte etwas zu Tage, was eine Ansprache heißen sollte, in welcher er sagte, daß unter gewissen Umständen eine Partei einen Pflock zuzustechen müsse und so hätten sie sich mit den Conservativen vereinigt zur Aufstellung eines Reichstagscandidaten, und sei ihre Wahl auf den Amtshaupt- mann von Könnert in Chemnitz gefallen, daß alle Wähler nur für diesen zu stimmen hätten und alle Stimmzettel, welche einen anderen Namen trügen, ungültig seien. Er nannte die vereinigten Parteien die Ordnungspartei, während er eine andere Partei, welche sich geltend zu machen suchte, die Umsturzpartei nannte. Parteigenosse Hüpper legte klar, daß, wenn bloß für einen Can- didaten gestimmt werden sollte, man nur für den Candidaten Wilh. Fink in Leipzig zu stimmen habe, da derselbe bereits seit Wochen öffentlich aufgestellt sei; daß wir nicht nöthig hätten, in geheimer Versammlung zu tagen, sondern unsere Angelegenheiten in öffentlichen Volksversammlungen besprechen und er verlangte zu wissen, was Herr Lindig unter der Umsturzpartei verstehe. Herr Lindig mußte sich nicht anders aus dieser Schlinge zu ziehen, als daß in „Braunschweiger Volksfreund“ von Seiten der deutschen Sozialdemokratie bedauert worden sei, daß die Commune von Paris den ihnen in die Hände gefallenen Gegnern nicht die Köpfe abgeschnitten. Hüpper erwiderte, daß allerdings kein einziger Nord- fall von Seiten der Commune vortrage, daß aber, nachdem dieselbe gestürzt war und die sogenannte Ordnungspartei ans Ruder kam, die Menschenschlächterei begonnen habe, daß Hunderte von Weibern, Kindern und Greisen hingeschlachtet wurden, ohne zu untersuchen,

ob sie schuldig oder nicht, daß sie das Wesen und Treiben der Ordnungspartei. Herr Lindig mit seinem Mahnung hatten nicht Eiligeres zu thun, als das Weiße zu suchen, währenddem ihnen Hüpper noch in die Ohren raunte, daß die Sozialdemokratie, wenn auch mit schweren Kämpfen, doch noch zum Siege gelangen wird. So endigte diese Versammlung zu unserem Bedauern.

**Penig.** Der Tag des 9. Januars war für die Sozialdemo- kratie ein Fingertag: es wurden der Seelen viele zum Evangelium der sozialen Lehre bekehrt; der Tag war ein Auferstehungstag: aus der Beroortheit der Gefühle und Capitationen trat bei vielen Männern das Wissen von der Rechtmäßigkeit und Noth- wendigkeit der Sozialdemokratie hervor. Um 9 Uhr Abends riefen sich die wackeren Streiter Penigs für Befreiung des Proletariats Sieg! Sieg! zu. Schlägen, jämmerlich geschlagen, zerstoßen die Herren der National-Liberalität! Die niederschmetternde Bogel in den Ueberweisungen Fink von der Erbärmlichkeit der national- liberalen Partei bereitete derselben ein Grausen.

Unser Fink hatte schon einmal seine Stimme in Penig schlagen lassen. Die Zuhörerzahl war damals nicht so stark. Trotzdem fürchteten die Nationalliberalen bei der Wahl eine Niederlage, da auch die Conservativen einen eigenen Reichstagscandidaten auf- stellten: Könnertig aus Chemnitz; sie erwählten also zu ihrem Candidaten Siegel, Advokat i. c. c. Kein Sozialdemokrat wagte etwas von einer von den Nationalliberalen beabsichtigten Wahl- versammlung. Unser Fink nahm am 9. gegen Abend seinen Flug aus Leipzig nach Rochlitz; dort wollte er mit Könnertig in einer Wahlversammlung ein Wortlein reden! In Rochdorf erfuhr er, daß auch in unserem Penig Wahlversammlung sein sollte. Schnell ist die Reiseroute geändert! Bald stand die Arbeiter verständigt; ein Händedruck, ein Blick, ein Wort, man weiß seine Schuldigkeit. Und die Versammlung beginnt. Die Räume sind gefüllt. Man sieht alle Parteien. Auf allen Gesichtern ist Erregung zu lesen, Bestürzung auf denen der Nationalliberalen ob unsers Daseins, freudige Zurecht auf den unsrigen. Der „Einberufer der Ver- sammlung“, wie sich der Herr Häberlein von hier nannte, bestieg die Rednerbühne. Dieser Häberlein ist ein sogenannter „Milchker“, nahm auch Waldheim längere Zeit als sein Domicil. Jetzt ist er ein wührender Sozialistenfresser — aus Unwissenheit; denn er kennt alles andere mehr als das Wesen der Sozialdemokratie. Häberlein betonte, daß die Liberalen, sollte heißen Nationallibe- ralen, die Versammlung veranstaltet und das und das und das beschlossen hätten; wer nach ihrem aufgestellten Candidaten Siegel sprechen wollte, hätte 15 Minuten Zeit. Da unterdrück ihn Börner aus Weichselburg, ein waderer Kämpfer für unsere Ideen, der denselben große Opfer gebracht hat; er verlangte Barcauwahl. Häberlein, ein Ignorant in dem Reichswahlgesetz, wollte Börner zum Schweigen bringen. Der Kampf zwischen beiden Männern dauerte gegen eine Viertel Stunde. Die Sozialdemokraten bekamen Vertrauen, schlossen sich an einander an; die Stimmung der Nationalliberalen, die das unverständige Vorgehen Häberleins in ihrem eignen Interesse nicht billigen konnten, war eine gedrückte. Fink und Siegel, die zwei Gegner, sprachen, um den Streit zu schlichten. Siegel schlaumeierte, er appellirte an das gute Herz, an die „Gastfreundschaft“ der Peniger, die ihn, den „Gist“, doch ein paar Worte ruhig aussprechen lassen sollten, warum wolle man denn erst so viel Zeit mit der Wahl eines Vorstehers i. c. verlieren und so fort. Aber Siegel verreckete sich. Wie eine geschlossene Phalanx hielten wir zusammen: „es wird nach dem Gesetz vorge- gangen, es wird ein Vorsizender gewählt!“ Und Freund Börner aus Weichselburg ward Vorsitzender. Großer Gott! Die Richter der Nationalliberalen! Man denke sich aber auch: sie berufen die Versammlung ein, und die Sozialdemokraten, gegen die die Ver- sammlung gerichtet sein soll, bekommen in ihr das Recht in die Hände. Siegel sprach; was er sprach war Kohl! selbst seine Anhänger waren nicht mit ihm zufrieden (er hat in Penig nur 27 Stimmen erhalten). Jetzt ließ auch Fink sich hören. Ja, da ging einem das Herz auf; das war der richtige „Reitzschlag“ aus voller Kehle. Er nahm die Nationalliberalen in die Arbeit und gerbe sie denn auch vorzüglich, meisterhaft moralisch durch; an dem Felle der Nationalliberalen blieb auch nicht ein einziges „gutes“ Haar. Siegel winnerte nachher etwas von der Mithdätigkeit der Nationalliberalen gegen die Arbeiter; alle Erregungsschäften der Arbeiter seien ein Geschenk der Nationalliberalen. Fink verwies ihm solche Impertinenz und Entstellung der Thatsachen so kräftig, daß es dem Siegel, wie es schien, kalt über den Rücken gelaufen sein muß, denn er zog schnell seinen Schapfel an. Ich dachte dabei an die Wölfe, die in Schapfellen andere Menschen behörren. Fink hat unserer Sache viele Herzen erobert! Die Niederlage der Nationalliberalen war schmäblig. Fink erhielt des andern Tages über 440 Stimmen. Das ist für Penig schon viel, denn der Boden war früher noch nicht recht bearbeitet worden. Wir wünschen bloß, die Weisen unsers Fink recht bald wieder ertönen zu hören.

Wir aber sind inne geworden, was es heißt: Seid einig! Wir werden stets daran denken, durch Einigkeit wird uns Alles werden!

**Zwickau.** Was die Verhältnisse der Schneider am hiesigen Orte anbetrifft, so sind dieselben im Allgemeinen sehr schlechte zu nennen. Die Ursache mag wohl darin zu suchen sein, daß sich erst im März vergangenen Jahres eine Mitgliebschaft der sozial- demokratischen Partei hier gebildet hat, und sonach alle Aufklärung fehlte. Das Spießbürgerthum dagegen hatte recht freien Spiel- raum. Auch bis jetzt übt die Partei noch keinen sonderlichen Einfluß aus auf die Bevölkerung im Großen und Ganzen. Der Schneiderverein datirt auch erst vom 1. November v. J. und so fehlte auch hier die Agitation. Wenn wir mit allen Kräften jetzt gemeinschaftlich arbeiten, kann es uns nicht fehlen, einen Einfluß auf die hiesige Bevölkerung auszuüben. Der Verein zählt gegen- wärtig ca. 38 zahlende Mitglieder, welche, wie die Liste nachweist, nach und nach eingetreten sind. Das Lohnverhältnis zerfällt un- gefähr in folgende drei Klassen. Erste Klasse: Für schwarze Arbeit 3 Thlr. 25 Ngr. bis 4 Thlr.; Stoffarbeit 3 Thlr. 10 Ngr. bis 3 Thlr. 15 Ngr.; Hosen und Westen 25—27 Ngr. auch 1 Thlr. Zweite Klasse: Für schwarze Arbeit 3 Thlr. bis 3 Thlr. 10 Ngr.; Stoffarbeit 2 Thlr., 2 Thlr. 10 Ngr. bis 2 Thlr. 25 Ngr.; Hosen und Westen 17 1/2—22 1/2 Ngr. Dritte Klasse: Für schwarze Arbeit 2 Thlr. bis 2 Thlr. 15 Ngr.; Stoffarbeit 1 Thlr., schreibe einen Thaler, 15—20 Ngr.; Hosen und Westen 12 1/2—18 Ngr. Mit solch einem Hungerlohn muß der Arbeiter hier zufrieden sein. Aber warum thut ihr nichts, um eure Lage zu verbessern, könnte man uns entgegenhalten. Ja, wenn die Konkurrenz unter den Arbeitern selber nicht bestände und wenn wir namentlich organisiert wären, dann ließe sich schon etwas machen. So lange das aber nicht ist, werden wir die willenlosen Opfer der bestehenden Ver- hältnisse bleiben. Es ist Thatsache, daß einzelne Arbeiter häufig nach Leipzig reisen, um Arbeiter zu engagiren. Dort machen sie den Arbeitern weiß, sie zahlten die Leipziger Preise und die Lebens- bedürfnisse seien auch billiger als in Leipzig. Es soll sich ein

Arbeitsnachweisbureau in Leipzig befinden, das in dieser Seelen- fängerlei sehr gute Geschäfte machen soll. Natürlich haben die Arbeitgeber den Arbeitern etwas vorgemacht, und wir könnten wohl an zehn Collegen nannan, die, bitter enttäuscht, Zwickau sofort wieder verlassen. Die Preis der Lebensbedürfnisse normirt sich folgendermaßen: Das Pfund Rindfleisch kostet 7 Gr. 5 Pf., Schweinefleisch 8 Gr., Kalbfleisch 6 Gr., das Pfund Brod 1 Gr. 5 Pf., das Pfund Butter 15 Gr., der Schffel Kartoffeln 2 Thlr., das halbe Liter Lagerbier 17 Pf., das Esenja 9 Pf., der Schffel Rapsen 20 Gr. Die Mithheit Matzgefäße 3 Gr. 5 Pf., welches aber kaum zu genieße ist, dann 5—5 Gr. und da ist nicht viel dazu. Und obendrein haben die Bäder ihre Waaren wiederum um ein Bedeutendes verteuert, ohne dabei der G-fellen zu ge- denken. Ach der Miethszins ist gestiegen, bei man gelenden und schlechten Wohnungen. Ja es da möglich zu sein: bei einem Durchschnittdienst von 3 Thlr. bis 3 Thlr. 10 Gr.? Aber was braucht der Arbeiter zu leben, es genügt, wenn er arbeitet, arbeitet, so lange bis er zu Grunde geht. Das Leben, das gute Leben ist sich: der B-fstenden, diese werden den Betrag unserer Arbeit schon zu verwenden wissen. Sie haben ja Kinder, die eine „anständige“ Erziehung erhalten müssen. Und wozu ist der Wein das Bild und S-fägel da, doch nur, damit der Besitzende nicht zu kurz kommt. Wie haben auch Kinder, doch die können in die Armen- schule gehen, dort wird ihnen das für die Uaterbrüsten und Armen bestimmte Maß von Bildung eingetrichtert und dort lernen sie auch nicht denken. Der Arm: darf nichts wissen, darf nicht denken, das könnte den Besitzenden gefährlich werden.

Das, Collegen, sind die Verhältnisse, in denen wir uns be- finden, und sie werden sich nicht eher günstiger gestalten, so lange wir vereint gegen sie ankämpfen. Darum auf, Collegen, bildet allerorts Gewerksgenossenschaften, denn vereint sind wir nichts, vereint alles. „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber eine Welt zu gewinnen.“

Noch Eins: Letzt all: den „Vollstaat“; er darf in keiner Werkstatt fehlen. Wenn der Arbeiter eine Pflicht zu erfüllen hat, so ist es die, daß er die Organe lese, die mit aller Eifriedenheit eintreten für sein Wohl und Wehe.

Mit Brudergruß und Händschlag  
Die Schneidergehilfen zu Zwickau.  
Friedrich Heerklog, z. Z. Vorkämpflicher.

**Limbach, 15. Januar.** Die Wahlkämpf ist beendet und hat unsere Kraftanstrengung auch den Erfolg des Sieges zu verzeichnen. Unser Candidat Julius Bihleisch erhielt im Ganzen 7179 Stim- men, wozegen Dr. Giesel mit 6744 Stimmen in der Minorität blieb. Die beiden angeführten Zahlen beweisen, mit welcher Energie und Kraftaufwand von beiden Seiten gekämpft worden ist. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1867 waren im Ganzen ca. 6500 Stimmen abgegeben, wozugegen es bei der Reichstagswahl 1871 bei drei Candidaten auf 9782 Stimmen gebracht wurde und dies- mal stand auf zwei Candidaten sogar 13,923 Stimmen abgegeben worden. Wie anderwärts so auch hier gab man sich alle erdenk- liche Mühe, und den in Aussicht stehenden Sieg zu vereiteln. Er- wähnt zu werden verdient, daß die Anhänger des Herrn Giesel stets nur Wahlversammlungen hinter verschlossenen Thüren, d. h. unter Ausschluß der Arbeiter, abhielten. Vom Comite beauftragt, ging Unterzeichneter zu den drei Wahlvorstehern des hiesigen Ortes, um zu erwünschen, daß vom Arbeiter-Wahlcomite 1, bez. 2 Mann, zum Wahlausschuss zugezogen werden möchten. Bei den Herren Wittich und Ackermann wurde mir auch zuvorkommend Zusage gethan, wozugegen Herr L. Böbel als Wahlvorsteher sagte: Reich- ich habe die betreffenden Ausschüßpersonen schon ernannt, da hätten Sie müssen eher kommen (es war 5. Jan.). Nach längerer Aus- einandersetzung entließ er mich mich dem Bemerken, er werde sich's überlegen. Er hat aber Niemand von uns zugezogen. Daß trotz- dem das betr. Wahllokal von uns besetzt wurde, ist natürlich. — Bis zum letzten Augenblicke gaben die Gegner die Hoffnung noch nicht auf, uns geschlagen zu sehen, es dauerte aber nicht lange, nachdem die auswertigen Resultate an uns einzigen, wurden wir zu der Hoffnung des Sieges berechtigt. Je mehr bei uns die Siegesgewißheit stieg, desto niedergeschlagener wurden die Gegner, welche auch die Resultate auf telegraphischem Wege sich verschafft hatten. Da nun der Sieg auf unserer Seite, so hat man auch nicht derartigen Lärm gemacht, als wie es geschehen sein würde, wenn wir unterlagen. Man suchte durch Tobschweigen der Re- sultate von Seite der Gegner sich den Anschein zu geben, als wenn man nicht wüßte, auf welcher Seite der Sieg sei.

Das Ergebniß der Wahl veranlaßt mich, an alle Arbeiter die Mahnung zu richten, daß sie nicht glauben dürfen, damit sei nun Alles gethan, es muß vielmehr Jeder, welcher mit uns einver- standen, sich der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anschließen und die Arbeiterblätter, ganz besonders dem in Leipzig erscheinenden „Vollstaat“ in jeder Hütte und in jeder Werkstatt Eingang zu verschaffen suchen, denn nur dadurch, daß wir Alle für Einen und Einer für Alle einstehen, können wir früher zum Ziele gelangen. An die Parteigenossen, bez. Comite's des 15. Jahrs. Wahlkreises richte ich schließlich die Aufforderung, recht bald etwaige Anträge an das Central-Wahlcomite, sowie auch noch verfügbare Gelder zur Deckung der Kosten an den Unterzeichneten gelangen zu lassen, damit schnellstens eine summarische Zusammenstellung bez. Abrech- nung erfolgen kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Carl Schumann.  
Dresden, 25. December. An alle Töpfer Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz. In Erwägung, daß wir stinkende Töpfer Dresden's Alles aufgebieten haben, um ein Normal-Ver- hältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch volle zwölf Wochen herbeizuführen, was der beifolgende Brief der Arbeitgeber beweist, indem wir denselben sofort durch Auswahl des Comite's, mit welchem die Arbeitgeber verhandeln wollten, nachkommen sind, so haben die Arbeitgeber uns dennoch als Kinder betrachtet; trotzdem daß das neugewählte Comite zweimal den Vorstand der Arbeitgeber interpellirt hatte, wegen der Verhandlungen und es die Herrn bannen vier Wochen nicht im Stande waren, was wieder der Brief bezeugt, so sehen wir uns veranlaßt, durch Zeitverhält- nisse gedrängt, unseren Streik zu vertagen und nächstes Jahr wieder anzunehmen, um allen Collegen, welche unsere gerechte Sache mit so großer Aufopferung unterstützt haben, gerecht zu werden. Wir bitten aber dringend, jeden Bajug von hier fern zu halten, damit der Arbeitsmarkt geschwächt bis zu unserem Siege bleibt. Abrechnung folgt bald.

Gleichzeitig erlauben wir uns anzuzeigen, daß unser Nach- quartier für Fremde, sowie unentgeltlicher Arbeitsnachweis in Dresden sich große Brüdergasse 12, in Meißner Leipzigerstr. 151 bei Herrn Rau befindet.

Das Comite.  
F. Schmeißer, Vorsitzender.  
Der Arbeitgeber lautet:  
Ihre Zuchrift vom 10. November haben wir nicht mehr erwartet, nachdem der Vorstand unseres Vereins von Tade Sey

tember d. J. so entschieden abgewiesen und der Beginn des Streites öffentlich angezeigt worden ist. Sie werden nun nicht in Abrede stellen können, daß durch die erlassene Publikation eine Situation geschaffen worden ist, die es unserem Verein nachgerade unmöglich macht, mit dem derzeitigen Comité der Gehilfen irgend welche Unterhandlungen anzuknüpfen zu können. Trotz alledem beschloß die Hauptversammlung vom 18. d. M. einstimmig Ihnen zu erklären: daß wir gern bereit seien, denjenigen Gehilfen, welche den Streite für beendet und die Mißverhältnisse einziger Sätze des seither in Gültigkeit gewesen und auf Gleichberechtigung geschaffenen Lohn-tarifs abgeändert zu sehen wünschen, die Hand zu bieten, um dadurch ein beiderseitig befriedigendes Verhältnis zu schaffen, indem wir gefonnen sind, sofort eine Commission zu ernennen, die mit einer dergl. aus Ihrer Mitte gemeinsam jene Aufgabe zur Ausführung zu bringen hat. Jedoch unter folgenden Bedingungen: 1) Daß die Gehilfen-Commission nur aus solchen Mitgliedern besteht, welche dem jetzigen Streite-Comité nicht angehören. 2) Daß der Streite Ihrerseits sofort öffentlich in allen Blättern, in welchen die Publikation erfolgt ist, für beendet erklärt wird und die uns bedrohlichen Aufrufe um Unterstützung der streitenden Töpselgehilfen für Deutschland u. c. widerrufen werden. 3) Daß die neuernannte Gehilfen-Commission autorisiert wird, mit den Arbeitgebern eine Garantiebasis zu schaffen, die es fernerhin unmöglich macht, Gehilfen, die mit Vorkursen durchbrennen und solche, die den Arbeitgebern und das Publikum durch notorisch unverantwortlich schlechte und leichtfertige Arbeit in Schaden bringen, zum Schadenersatz verbindlich zu machen, oder auf legalem Wege zu verfolgen. Wir hoffen, daß Sie das, was Sie in Ihrem werthen Schreiben vom 10. d. M. anstreben, mit ernstem Willen verfolgen, um dadurch das alte freundliche auf Humanität gegründete Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder dauerhaft herzustellen.

Wir hoffen ferner noch, daß Sie unsere zwar ernste aber gut gemeinte Propositionen mit gleichem Ernste prüfen und würdigen und so dem unhaltbaren gespannten Verhältnis ein Ende machen, in welchem Sinne wir Ihre öffentlich zu thunenden Schritte erwarten und solchen entgegensehen.

Der Verein der Arbeitgeber und Thonwaaren-Branche in Dresden und Umgegend.

Friedr. Eisenach, v. J. Schriftf. J. Müller, v. J. Vors.

Berlin, 14. Januar. Während in der Provinz fast überall der Wahlkampf unter lebhafter Theilnehmung aller Wahlberechtigten vor sich ging, verlief in der Kaiserstadt des Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte dieser bedeutungsvolle Tag, Dank einer überwiegenden Klatsch- und Geträtsch-Presse, beinahe unbeachtet. Nur die rege Agitation der Sozialdemokratie zwang die interessirten Kreise (Fortschrittler) zu einigen Lebensäußerungen hinter verschlossenen Thüren. Da wurde denn auch kräftig der Unterschied zwischen Fortschritt und Nationalliberalismus klargestellt. Allerdings, es that Noth, besteht doch der Wahlaufmarsch der Fortschrittspartei nur aus der Aufforderung: „Wählt feste liberale Männer“ (Das „feste“ gehört zu „Wählt“, da sonst sinnlos), und der Warnung: „Wählt keine Konservativen, keine Ultramontanen, keine Sozialdemokraten“. Sonst keine Silbe von den einstigen Phrasen, so daß der Aufruf auch für die nationalliberale Partei zu verwenden war, auch z. B. im Kreise Teltow verwendet worden ist. Spasshaft ist auch folgendes Flugblatt, welches Abends vor der Wahl im 3. Berliner Wahlkreis verteilt wurde. Der einzige Kandidat der nationalliberalen Partei für den 3. Wahlkreis ist: Freiherr von Hovebeck auf Nilsolzburg. Doch was thut das, war doch in Frankfurt a. M. Pastor der einzige Kandidat der Fortschrittspartei! Vergleiche man nun mit dieser Thatsache die heuchlerische Entzückung der Volkszeitung, als die Nationalliberalen im ersten Berliner Wahlkreis einen der übrigen, Ehrenpräsident Simon „einschmuggeln“ wollten. Die große Anzahl der Wahllokale (ca. 400) und der Umstand, daß der Wahltag ein Werktag war, zwang uns, unsere Thätigkeit auf zwei Wahlkreise, den 4. und 6. zu beschränken. Dem anerkannterwerthen Bemühen unserer Bestimmungsgenossen, welche durchweg ohne Unterbrechung 8 Stunden die betreffenden Lokale besetzt hielten, gelang es, in beiden Kreisen ca. 1500 Stimmen für unsern Kandidaten zu erzielen, ein Resultat, das nicht unbedeutend ist, wenn man bedenkt, daß uns in Berlin an einer erfolgreichen Agitation zwei große Gegner, erstens eine zahlreiche durchaus corrumptirte Presse und der Mangel eines eigenen Lokals, zweitens die fortgesetzten Sprengungen seitens der Hasenklee'schen Partei verhindern.

Was die letztere anbelangt, so hatte dieselbe eine musterhafte Wahlorganisation in Szene gesetzt. Für sämtliche Wahlkreise waren Centralbüros eingerichtet. Diese wieder in Bezirkscolonnen getheilt, so daß eine stete Correspondenz unterhalten werden konnte. Während der Wahlzeit mandanten Patrouillen von Lokal zu Lokal ablösend und revidierend. Der Erfolg war dementsprechend. Am bedeutendsten im 6. Wahlkreis, wo zum Entsetzen der liberalen Partei eine Stichwahl zwischen Schulze und Hasenklee stattfinden mußte. Es erhielten hier Stimmen: Schulze-Deitlich (fortschrittlich) 4028, Hasenklee (Kassallener) 2523, Joh. Jacoby (Sozialdemokrat) 638, Ed. Krämer („deutscher freier Mann“) 506, geistlicher Rath Müller (Hertha) 183, Molke (Konservativ) 168, zerplittert und ungültig 89 = 8035. Absolute Majorität 4468. — Wir werden uns zur Stichwahl vorläufig passiv verhalten, da wir Schulze unsere Stimme nicht geben können, Herrn Hasenklee aber nicht unbedingt geben wollen. Liegt demselben aber daran unsere Stimmen zu erhalten, nun so ist das Mindeste, daß er uns in seinem Organ als Sozialdemokraten anerkennt und uns für die Dauer seines Präsidiums vor ferneren Störungen unserer Parteiverfassungen seitens seiner Anhänger garantiert. Doch das ist die persönliche Ansicht des Schreibers dieser Zeilen und erst durch eine geschlossene Mitgliederversammlung zu ergänzen. Ist es doch schwer zu glauben, daß man jenseits auf die bekannten kleinen Scherze, wie Eindringen in geschlossene Versammlungen, Vorherbesetzen des gemieteten Lokals, Verhauen Einzelner verstanden wird. Da erscheint z. B. zur Wahl ein stiegenes Bigblatt: „Die rothe Laterne“ (Laterne, wie Rochefort sein geistreiches Organ nannte, genügt nicht, es muß die „rothe“ sein). Als „anonyme Mitarbeiter“ figuriren in geistreicher Zusammenstellung: der Musterrabe Max Hirsch und der Unschleibare, Joseph von Egypten und Wilh. Brade in Braunschweig, Quistorf und Ballisaden-Karl u. c. Warum, fragte ich mich, gerade W. Brade herangezogen? Erstreckt sich doch sonst eher Liebschnecht der Freundschaft jener Herren! In diesem Bigblatt fällt nach folgender Stelle auf: „Den Eisenacher Ehrlichen juckt das Hehl! Sie suchen sich dadurch zu helfen, daß sie in ihrem Aufruf Hasenklee und die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins schmähen, hoffend, daß man ihnen dafür den Bude! streigen wird. Den Leuten kann geholfen werden. Ann. des Siegers.“ Das klingt nicht gerade ansichtslos und versöhnungslustig. Wie ich erfahren habe, befindet sich Herr Gustav Voser jetzt in Berlin und hat sich beim Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zum Ein-

tritt gemeldet. Nun, vielleicht ist Herr Hasenklee ein Licht über die Barmherzigkeit des Herrn aufgezogen. Wie heißt es doch in dem Volkslied!

Ja der Laterne“ brennt das Licht,

Theures Liebchen u. c. ob.

Berlin, 14. Januar. In der heutigen Nummer 11 der „Volkszeitung“ finden wir im Feuilleton einen nicht uninteressanten Artikel der „Times“ über die „Kronung des Königs von Siam“. An der Kronung selbst findet man nichts sonderlich bemerkenswerthes, sie bleibt sich wohl überall gleich, denn selbst die bewußtesten 101 Kanonenschüsse haben dort nicht gefehlt. Aber etwas anderes erscheint beachtenswerth und das ist eine Proklamation, welche der neugewählte König erlassen hat, in der er das Reich und Niederwerfen vor Höhergestellten für abgeschafft erklärt. Es herrschte nämlich in Siam der Gebrauch, daß selbst die vornehmsten Edelleute nur auf ihren Knien dem Könige nahen dürfen, wobei sie noch die Hände gefaltet halten müssen; ebenso muß jeder Edelmann vor einem im Range höher Stehenden sich gebeugen. In der Proklamation erklärt nun der König, daß er durchaus überzeugt sei, kein Land könne gedeihen, wo solcher Knechtsinn und Menschenanbetung existire, und er wünschte die Menschen mehr auf gleichem Fuße zu sehen, so daß der ärmste Unterthan im Reiche die Sicherheit haben sollte, gleiches Recht wie der Reiche zu genießen! —

Ein Land könne nicht gedeihen, wo solcher Knechtsinn und Menschenanbetung herrsche! Um wieviel 100 Prozent aufzulkärer, kann man da wol fragen, ist dieser siamesische König vor einem nationalliberalen Professor des preussisch-deutschen Denkerrollkes, der die Unterwerfung im Knechtsinn und in Königsanbetung als seine Hauptaufgabe, und als eine Lebensbedingung überhaupt, betrachtet. Wie wird sich dieser König wundern, wenn er auf seiner Reise durch Europa auch nach dem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte kommen sollte und hier, im sogenannten „Culturstaate“, Eunuchen findet, „Nationalliberale“ benamset, welche das was er in seinem als barbarisch vertriebenen Staate abgeschafft, in ihrer Hundedemuth zu kultiviren bemüht sind! Und nun gar gleiches Recht der Armen mit den Reichen! Wie werden sich da die National-Servilen an die Brust schlagen und ihrem Herrgott danken, daß er sie in einem civilisirten Staate hat geboren werden lassen und nicht in einem solch barbarischen wie dieses Siam, in welchem selbst der König die Vorbereitung zu Hochverrath protegirt. Da sind die deutschen Majestäten doch ganz andere Leute! —

Nowaweh, 14. Januar. Ich begab mich am Sonnabend zur Wahl; nachdem ich gewählt hatte, entfernte ich mich wieder, jedoch nach einiger Zeit begab ich mich wieder nach dem Wahllokal, um diesen Akt eine Weile mit anzusehen. Kann hätte ich mich in eine Ecke des Sophas, auf dem sich schon ein Herr befand, gesetzt, als ich vom Wahllich her gefragt wurde, was ich wolle, ich antwortete, daß ich hier bleiben wolle, da es ja dem Wähler freistehe, dem Wahlakt beizuwohnen, die Wahlhandlung öffentlich sei u. s. w. Daraus wurde mir geantwortet, daß ich mich gar nicht an, und ich solle nur machen, daß ich hinauskomme. Da ich mich ganz ruhig verhalten hatte, überhaupt in keiner Beziehung den Herren Veranlassung gegeben, gegen mich in dieser Weise zu verfahren, griff ich in die Tasche und machte die Herren auf die beiden Paragraphen 9 und 13 des Reglements des Reichswahlgesetzes aufmerksam.

Aber man antwortete, sie wüßten schon, was darin stände, ich hätte ihnen gar nichts zu sagen, und ich solle mich entfernen. Daß ich mich nicht in einen Wortwechsel mit den Herren einlassen konnte, verstand sich von selbst, und ich antwortete daher noch, daß, wenn sie (die Herren) wirklich glaubten, im Rechte zu sein, was ich aber nicht glaube, so wolle ich doch das Lokal verlassen, aber mit Protest, und das Nähere würde sich finden. Daraus erfolgte abermals Widerspruch mit der Bemerkung, „was meinen Sie denn, wenn nun alle Wähler hier bleiben wollten.“ Ich konnte den Herren hierauf weiter keine Antwort geben, als daß ich dafür nicht könne, daß nicht alle Wähler hier wären, aber ich, ein Wähler, sei nun gerade hier. Es erfolgte nun weder vom Wahllich, noch von mir ein Wort mehr, und nach vielleicht einer halben Viertelstunde verließ ich das Lokal. Was nun kam, davon hatte ich mir aber kein Wort träumen lassen. Ich bezog mich nach einiger Zeit mit einem Bekannten wieder nach dem Wahllokal, in dem Glauben, da man mich in den letzten Minuten unbehelligt gelassen, sei Alles in Ordnung. Aber der Mensch denkt und die Polizei steckt mich heraus. Kann befand ich mich wieder allein drin, als der Wahlloortreter und der Polizei-Commissarius auf mich zukamen mit den barschen Worten: wollen Sie nun machen, daß Sie hinauskommen? und ehe ich nur einige Worte zu meiner Rechtfertigung hervorbringen konnte und mich zur Thür wendete, hatte schon einer der beiden letzteren Herren letztere geöffnet, und ich wurde noch von dem Polizei-Commissair was man so nennt hinausgeschoben. Soweit dieses. Jedoch die Hauptsache kommt erst. Um 6 Uhr bezog sich eine Anzahl Wähler (ich unter ihnen) nach dem Wahllokal, um das Resultat zu hören. Wie wir an die Thüre kommen, ist dieselbe von innen verschlossen, und wir hören nur, wie drinnen Namen verlesen werden. Es wurde zwar geöffnet, und die anwesenden Wähler auch gefragt, ob sie das Resultat hören wollten, was auch verlangt wurde. Schließlich theilte ich noch mit, daß sich wieder Niemand als die zur Wahlhandlung gehörenden Herren und der Herr Polizei-Commissar im Lokal befanden. Jeder denkende Mensch mag sich nun ein Urtheil über diese Art von freien und öffentlichen Wahlen bilden; ich denke mir das beste.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Wilhelm Reinbeckel, Kreuzstraße 5,  
Mitglied der Gewerkschaft der Manufaktur-,  
Fabrik- und Handarbeiter.

Bühlhausen, 14. Januar. Erst heute können wir das Resultat der Wahl bekannt geben, da man uns verbot, bei der Stimmauszählung zugegen zu sein. Unser Kandidat erhielt 198 Stimmen, gewiß eine sehr geringe Zahl wenn man aber erwägt, daß hier nur eine Volksversammlung abgehalten wurde, so ist dieses Ergebniss doch nicht so ganz schlecht. Um die Mittagzeit merkten die Konservativen, daß für unsern Kandidaten eine große Anzahl von Stimmen abgegeben wurden, sofort ließen sie ausklingeln, daß doch ja alle guten Bürger ihr Wahlrecht ausüben sollten; Polizei- und Flurdiener, sowie Privatpersonen wurden zur Stimmzettvertheilung aufgeboten, kurz, alles wurde gethan, um den Sieg nicht uns erringen zu lassen. Fabrikarbeiter wurden zur Wahl getrieben mit dem Befehl, den Säusler (Voss in Gotha) nicht zu wählen. Ein Fabrikant soll die Stimmen für Friedenthal für 4 Cigarren zu kaufen versucht haben, und so könnte noch vieles angeführt werden zur Kennzeichnung der Agitation unsrer Gegner. Friedenthal erhielt denn auch über 3000 Stimmen. Aber das soll uns nicht abhalten, jetzt erst recht gegen die Repräsentanten der Besitzenden, die Liberalen und Konservativen anzukämpfen; eine lebensfähige Partei, wie die unsrige, wird durch keine Mißerfolge, wie dieses Wahlergebniss, immer zu neuen Anstrengungen

angefachelt. Unerwähnt will ich nicht lassen, daß ein Polizeidiener versuchte, mich vom Wahllokal zu vertreiben unter Androhung der Arrestur. Ich verwies den guten Mann auf das Gesetz und darauf, daß auch er Stimmzettel ausgegeben habe, dem „Vertreter des Gesetzes“ schien einzuliegen, daß er da nichts machen könne und ich — blieb. Mit sozialdemokratischem Gruß  
H. Heißner, Bev. der Schuhmachergewerkschaft.

Barmen-Elberfeld, 2. Jan. Die Vorträge des Herrn Hasselmann gleichen denjenigen des Herrn Schweiger genau auf ein Haar. Herr Hasselmann ist nur weniger geistreich als sein Vorgänger hier im Wapperthal. In jeder Volksversammlung hört man lange Vorträge stets ganz ähnlichen Inhalts voll Angriffen auf die liberale Bourgeoisie, voll Schöpfung gegen den Cäsarismus.

In der ersten Volksversammlung in Elberfeld tabelte nach Beendigung der Rede Hasselmanns Werth von Barmen das zwei-beutige Kastreten der Agitatoren des Allg. Arb.-Bereins gegenüber der Staatsgewalt. Er erklärte, daß nur die prinzipiellen Reden der Herren Schweiger, Hasenklee, Hasselmann schuld daran seien, daß ihre Anhänger auch prinzipiell seien. So könne man hier erleben, daß die Arbeiter für genannte Herren, welche doch Sozialdemokraten sein sollen, stimmten und dennoch bei den Landwehrgesellen hinter der preussischen Fahne herzugehen. Die bekannte Forderung Lassalle's: „100 Millionen Staatshilfe“, über welche die Herren nie hinausgingen, möge f. B. praktisch und zeitgemäß gewesen sein, in die Agitation ins Volk zu werfen. Heute, nachdem ein langes Stück Geschichte, namentlich die Commune-Exhibition in Paris hinter uns läge, sei diese Forderung halb und unklar. Es verstände sich ganz von selbst, daß, wenn zu geeigneter Zeit der Sozialismus sich der Staatsgewalt in den europäischen Culturstaaten bemächtigt haben werde, die Arbeit überall organisiert würde in der Weise, daß Jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit genieße. Lassalle habe nie den internationalen Charakter des Sozialismus berührt; die Arbeiterfrage sei aber entschieden international. Wer daran zweifle, der müsse doch durch die Unterdrückung der Pariser Commune belehrt worden sein, zu welchem Zweck die deutschen Armeen hülfreiche Hand geleistet hätten.

Die Erwiderung des Herrn Hasselmann war sehr schwach. Er meinte, er sei doch im „Sozialdemokrat“ radikal genug. Unter allgemeiner Organisation der Arbeit könne sich jeder Bourgeois denken, was er wolle, und man müsse entscheiden ein Uebergangsstadium haben. Er gebrauchte nicht gern das Wort „international“, da deutsche Arbeiter besser Deutsch verstünden.

Hasselmann hat während der Wahlagitiation hier stark mit den Ultramontanen geliebäugelt, um Stimmen zu bekommen. Es passierte ihm dabei, daß er viel von schwarzer und rother Internationalität sprach, und die Eisenacher Partei in der gemeinsten Weise „als von der Bourgeoisie bestochen“, angriff. Jacoby sei auch nur von Judas und Genossen aufgestellt, um die Arbeiter zu zersplittern.

Es hält sehr schwer, in den Versammlungen hier zum Wort zu kommen, da die Taktik der Hasselmänner ist, endlose Reden zu halten. Hasselmann kommt immer zu Wort, seine Gegner haben Mühe, einmal das Wort zu erlangen. Werth ist dies indeß doch wieder gelungen. Er bemerkte Herrn Hasselmann, daß zu dem unklaren Gerede in früheren Versammlungen nun noch die sanfte Behandlung der Ultramontanen käme, um Stimmen zu gewinnen. Wenn wir auch keine Ausnahmegesetze wünschten, so seien doch die Pfaffen unsere größten Feinde, denn durch ihre Lehre vom Jenseits seien sie schuld an der Lammgegend der Menschheit im Diesseits. Seine Ausführungen seien überhaupt zuweilen komisch. In Elberfeld sage er, er gebrauchte das Wort „international“ nicht, und hier in Barmen gebrauchte er es ein Duzend mal in einer Rede. In Elberfeld behauptete er, unter „allgemeiner Organisation im sozialistischen Staate“ könne sich jeder Bourgeois denken, was er wolle, und in seinem Wahlprogramm sei diese Organisation als die Hauptforderung der Arbeiterpartei aufgestellt! Im Uebrigen habe sich Herr v. Schweiger, welcher gerade auch immer vom Judas gesprochen, als solcher sich entpuppt, und da er die sozialdemokratischen Prinzipien in seinen Reden gerade so verlege, wie Hr. Schweiger, so könne man es doch den ehrlichen Sozialisten nicht verdenken, wenn sie einen andern Kandidaten ausstellten. In der engeren Wahl würde man für ihn stimmen, weil er Arbeitercandidat sei.

Die Entgegnung des Herrn Hasselmann war nur persönlich. Erwähnenswerth ist noch ein Verfahren des Präsidenten. Als Werth nämlich das Wort hatte, nachdem Hr. Hasselmann über die Eisenacher geschimpft, meinte der Präsident beim Aufruf des Namens, Werth sei lange Zeit Mitglied der Eisenacher Partei, um die Versammlung im Voraus gegen den Redner einzunehmen, was sich W. als unparlamentarisch energisch verbat.

St. Johann-Saarbrücken. Nachstehend einiges über den Ausfall der Wahlen. Im Wahlbezirk Saarbrücken kommt der Kandidat der Nationalliberalen, Oberberggrath Bluhme in Bonn, in engerer Wahl mit dem Kandidaten der Ultramontanen Advokat Rath hier. Der Kandidat der Konservativen, Oberberggrathmann Krug von Riede in Berlin, der ehemalige Vertreter des hiesigen Kreises, hat nur 800 Stimmen erhalten.

Im Wahlbezirk Ottweiler-St.-Wendel-Neufenstein hat der Kandidat der Ultramontanen Graf Drosche-Bischerring, Erbdroste im Fürstenthum Münster in Darfeld, mit großer Majorität gestimmt über den konservativen Fabrikbesitzer Stumm in Neufstein, Kreis Ottweiler, und über den bisherigen Vertreter des Bezirks der Nationalliberalen Landgerichtsrath Selle von hier. Im Wahlkreis Saarlouis-Merzig-Saarburg hat bei einer Theilnehmung von 50 Prozent der Wahlberechtigten der ultramontane Kandidat 7000 Stimmen und der preussische Cultusminister Falk ca. 900—1000 Stimmen erhalten. In Trier, Coblenz, Bonn, Aachen, Köln, Düsseldorf, überhaupt in der ganzen Rheinprovinz scheinen nur Ultramontane gewählt zu sein. Mit sozialdemokratischem Gruß  
W. Paul.

Kaiserslautern. (Renegatenthum.) Unsere Stadt konnte stolz sein auf den Namen, den sie sich als Hort der Demokratie der Pfalz im demokratischen Deutschland erworben und bis zu den jüngsten Reichstagswahlen auch zu erhalten gewußt hat. Bon Kaiserslautern aus wurde die große Pfälzer Bewegung 1848 eingeleitet, die Revolution organisiert, in Kaiserslautern wurde die provisorische Regierung der Pfalz eingesetzt, und nach der Unterdrückung dieser Volkvergebung durch die Preußen war es wiederum Kaiserslautern, in welchem der Freiheitsfunken von 48 unter der reaktionären Äsche der 50er Jahre fortglühte, und als nach dem österreichisch-italienisch-französischen Kriege 1859 das Volk wieder mehr ausathmen durfte, war Kaiserslautern allen anderen pfälzischen Gemeinden voran in der Gründung politischer Vereine. Der erste Verein dieser Art war der im März 1861 gegründete Turnverein; derselbe konstituirte sich zwar nicht offiziell als politischer Verein, wurde aber alsbald durch Nachgebot der Regierung als solcher erklärt und aufgelöst. Um diese Zeit war auch ein Mann

in Kaiserlautern eingezogen, der kein Fremdling in der Stadt und dem die Herzen aller ehrlichen Demokraten warm entgegen...

Pforzheim, 13. Januar. Dr. Jacoby hat in unserm, dem 9. badischen Wahlbezirk Pforzheim-Durlach-Etlingen-Sernsbach...

der Stadt, so gab z. B. die Gemeinde Hamburg 85 Stimmen für Jacoby und nur 5 für Friedrich ab, ähnlich, wenn auch nicht...

Briefkasten der Redaktion. A. S. in Frankfurt: Erhalten. Besten Dank. C. S. in Jypringen: Die eingeländeten Actenstücke enthalten nicht einen Schatten von Material für den Conflitenprozess...

Reichstagswahlfond. Von P hier z. Wahl Jacoby's 1 Thlr., v. Pflr hier 15 Gr., v. Arbeitern der Chlorin'schen Cigarrenfabrik 1 Thlr., v. vereinigten Formern hier 1 Thlr. 1 2/3, v. Berliner Parteigenossen d. B. 14 Thlr.

Anzeigen zc. Berlin Soziale demokratische Arbeiterpartei. Freitag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Clariss, Prinzenstraße 72.

trag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache...

Leipzig Das allgemeine Gewerkschafts-Wintervergügen findet am 31. Januar in der Tonhalle statt.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, d. 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr bei Jabin, Turnerstraße Nr. 2.

London. Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation. Unser Lokal befindet sich jetzt: 81 Blue Post Newmann Street Oxford Street W. C.

New-York Vereinigte Tischler. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Versammlung in Teutonia, Assembly Rooms, 158-160 Avenue.

New-York Sektion 1 der Internationalen Arbeiterassoziation. (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) in New-York versammelt sich jeden Sonntag Abends 8 Uhr im 10. Ward Hotel...

Lüchtige Schuhmacher-Gesellen auf Herren- u. Damenarbeit werden in Grenchen Thüringen bei E. Liebertan gesucht.

Ein guter Holz-Drechsler (Agitator erwünscht) wird gesucht. Wo sagt die Expedition d. B. Die zweite Auflage der Schrift...

Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozial-Demokratie ist soeben erschienen und für 1 1/2 Sgr. zu haben.

Zu Druck und Schutz. Vortrag von Wilh. Liebknecht. 4. Auflage. Preis 2 Rgr. Die Expedition des „Volksstaat“.

Ein Jahrhundert der Revolutionen. Das Werk erscheint in 20 Lieferungen à 5 Gr. Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Am Weibstuhl der Zeit. Lieferung 14 und 15 (Schluß). Pro Lief. 2 Groschen.

Der Volksstaat-Kalender für 1874. Preis pro Stück ohne Stempel 3 Rgr. 5 Pfg., Preis pro Stück mit Stempel 4 Rgr.

An die Filialexpeditionen. Von der Brochure „Leipziger Hochverrathprozess“ sind alle Abköhnligen Exempl. der Lieferung 1-10 (Sonders von Lieferung 4) sofort zu retourniren.

Inserate für die Mittwochnummer müssen Montags, für die Freitagnummer Mittwochs, für die Sonntagnummer Freitags Mittwochs in unseren Händen sein, wenn sie bestimmte Aufnahme finden sollen.

Leipzig: Berantm. Redakteur: R. Pfeiffer. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei...